

Wie spare ich als Apotheker Steuern?

Ein Leitfaden für die Praxis

Bearbeitet von
Hans-Ulrich Lang

Loseblattwerk mit 4. Aktualisierung 2017. Loseblatt. Rund 1432 S. In 2 Ordnern

ISBN 9783769268270

Format (B x L): 14,8 x 21,0 cm

Gewicht: 2311 g

[Weitere Fachgebiete > Chemie, Biowissenschaften, Agrarwissenschaften > Pharmazie > Apothekenwesen, Apothekenpraxis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Teil 7: Arbeitshilfen, Materialien, Vordrucke

7.1	ABC der Einsparungen.....	7/16
	Abfallentsorgung – Gewinnung von Wärmeenergie	7/19
	Abfindungsentschädigung – Besteuerung	7/20
	Abgabe auf Vermögen	7/21
	Abgeltungssteuersatz soll auf 30 % bis 32 % steigen.....	7/22
	Ablesegerät bei der Heizkostenverteilung	7/23
	Abrechnungszeitraum bei Betriebskosten	7/24
	Abrufkredite statt Kontokorrentkonten	7/25
	Abschreibung auf Aktien	7/26
	Abschreibungsdauer	7/27
	Abschreibungen für Bestandteile des Computers.....	7/28
	Abschreibung – keine Nachholung möglich	7/29
	Akteneinsicht kostenfrei?	7/30
	Altersentlastungsbetrag	7/31
	Altersversorgung – Noch 10 Jahre bis zum Ruhestand.....	7/32
	Altverluste – Die letzte Chance 2013.....	7/33
	Anlageergebnisse werden durch versteckte Kosten reduziert	7/34
	Anlagevermittler – Haftung der unplausible Anlage	7/35
	Anlegerschutz – Verbesserungen durch PIB und KIID	7/36
	Annehmlichkeiten – Steuerliche Förderung der Gesundheit.....	7/37
	Anstellung ausländischer Mitarbeiter im Haushalt	7/38
	Apotheke auf Ehegatten-Grundstück.....	7/39
	Arbeitgeberbeiträge – Erstattung und Einzahlung in eine Lebensversicherung	7/40
	Arbeitgeber darf Smart-Phone und Software steuerfrei überlassen .	7/41
	Arbeitsrecht muss revidiert werden.....	7/42
	Arbeitsverhältnis mit Kindern	7/43
	Arbeitsvertrag – Freiwillige Vergünstigungen.....	7/45
	Arbeitszeitbetrug – Folge: Fristlose Kündigung	7/46
	Arbeitszeugnis – Verlust oder Beschädigung	7/47
	Arbeitszeugnis – Kein Anspruch auf gute Wünsche	7/48
	Arbeitszeugnis – Tätigkeitsbeschreibung erforderlich	7/49
	Arbeitszeugnis – Wortwahl.....	7/50
	Arbeitszimmer – Auch in der Elternzeit abzugsfähig.....	7/51
	Arbeitszimmer – Aufteilungsverbot	7/52
	Arbeitszimmer kann wieder steuerlich geltend gemacht werden.....	7/53

Teil 7

Seite 2

Arbeitszimmer – Kein Mittelpunkt der gesamten beruflichen Betätigung eines Arbeitsmediziners	7/54
Arbeitszimmer – Steuerregelung gekippt	7/55
Arbeitszimmer und Solarstrom	7/57
Architektenhaftung – Vertraglich vereinbartes Baukostenlimit ist feste Obergrenze.....	7/58
Aufbewahrungskosten für Geschäftsunterlagen.....	7/59
Aufbewahrung von Unterlagen für Vermögende	7/60
Aufbewahrungsfristen – Jahressteuergesetz 2013.....	7/61
Aufwandsentschädigung ehrenamtlicher Betreuer steuerfrei	7/62
Auslandsbildungsreise und Betriebsausgabenabzug.....	7/63
Auslandsimmobilien dürfen steuerlich nicht schlechter gestellt werden	7/64
Ausgleichspflicht bei Erben	7/65
Ausland – Wie werden Renten im Ausland behandelt?	7/66
Außenprüfungen bei Wohlhabenden.....	7/67
Außergewöhnliche Belastungen.....	7/68
Außergewöhnliche Belastung – Aufwendungen für eine Krebsabwehrtherapie.....	7/69
Außergewöhnliche Belastung – Krankheitskosten unbegrenzt abzugsfähig?.....	7/70
Außergewöhnliche Belastung nur mit Arztattest	7/71
Außergewöhnliche Belastung – Treppenschräglift	7/72
Außergewöhnliche Belastung – Verschleiß.....	7/73
Außergewöhnliche Belastungen weiter umstritten	7/74
Autounfall und geringe Fahrleistungen.....	7/75
Bank – Binden Sie sich nicht an eine allein.....	7/76
Bankkonten noch transparenter.....	7/77
Bargeldtransfer in die Schweiz	7/78
Baugeld preiswert vom Versicherer	7/79
Bauherren – Keine Doppelbelastung mit Steuern	7/80
Baukostenüberschreitung – Honorarverlust.....	7/81
Bauzeitinsen – Wie können sie berücksichtigt werden?	7/82
Beerdigungskosten – Freibetrag nur einmal	7/83
Beerdigungskosten als Unterhaltsleistungen	7/84
Beerdigungskosten – Keine Dauernde Last	7/85
Behindertenpauschbetrag – Übertragung.....	7/86
Behinderungsgerechte Umrüstung eines Fahrzeugs	7/87
Behindertenpauschbetrag und Haushaltsnahe Dienstleistungen im Altenheim	7/88
Behindertenpauschbetrag – Zusätzliche abzugsfähige Aufwendungen	7/89

Beitragsrückerstattung von Krankenkassenbeiträgen aus dem Jahr 2009.....	7/90
Benzingutschein – Änderung der Rechtsprechung.....	7/91
Beraterhaftung verschärft	7/92
Beratungs- und Beurkundungskosten.....	7/93
Berliner Testament.....	7/94
Berufsgenossenschaft – Mithelfende müssen der Bauberufsgenossenschaft gemeldet werden.....	7/95
Berufskleidung – Abzugsfähigkeit	7/96
Berufständische Versorgungseinrichtung – Kinderzuschuss zur Rente	7/97
Besuchsfahrten zum Kind keine außergewöhnliche Belastung.....	7/98
Bestechlichkeit – Gefahr bei Zuwendungen.....	7/99
Besteuerung zu einem Viertel.....	7/100
Betreuungskosten für einen Hund	7/101
Betriebliche Altersversorgung – Haftungsfragen	7/102
Betriebsausflug mehrmals im Jahr	7/104
Betriebskostenversicherung eines Apothekers	7/105
Betriebsprüfung – Was muss für die Betriebsprüfung aufbewahrt werden?.....	7/106
Betriebsprüfung – Elektronisch unterstützt durch die Deutsche Rentenversicherung	7/107
Betriebsprüfung ändert sich.....	7/108
Betriebsrente – Ausstieg	7/109
Betriebsveranstaltung – Freigrenze noch angemessen?	7/110
Bewerber haben keinen Anspruch auf Auskunft	7/111
Bewerbern sind die Kosten zu ersetzen.....	7/112
Bewirtungsaufwendungen – Abzugsfähigkeit	7/113
Bewirtungsaufwendungen – Nachweispflicht	7/114
Bewirtungsbelege – Registriernummer erforderlich	7/115
Bewirtung von Mitarbeitern	7/116
Bildschirmarbeitsbrille – Übernahme der Kosten	7/117
Blockheizkraftwerk – Steuerliche Behandlung.....	7/118
Bubills mit Negativzins	7/119
Bundesfreiwilligendienst – Steuerfreiheit.....	7/120
Bundesrat will Einkommensteuerspitzensatz auf 49 % erhöhen.....	7/121
CD-Kauf wird zum Eigentor	7/122
Computerarm als Werbungskosten	7/123
Darlehen – Sondertilgung.....	7/124
Darlehensverträge mit Kindern	7/125
Darlehensverträge unter nahen Angehörigen	7/126
Datenträger – Ankauf wird weiterhin geprüft	7/127

DATEV – Daten der Finanzbuchhaltung geben wertvolle Informationen	7/128
Denkmalgeschützte Wohnobjekte – Abschreibung	7/129
Dichtigkeitsprüfung in NRW ausgesetzt	7/130
Digitale Buchungsbelege und Vollständigkeit	7/131
Direktversicherung und Sozialabgabepflicht	7/132
Direktversicherungen und Erziehungszeit – Vorsicht	7/133
Disagio beim Immobilienerwerb	7/134
Disagio – Einschränkung des Zufluss-/Abflussprinzips	7/135
Dispozinsen begrenzen	7/136
Dividendenprobleme mit Frankreich	7/137
Doppelte Haushaltsführung – Garagenkosten	7/138
Doppelte Haushaltsführung – Pkw-Stellplatzkosten	7/139
Drittaufwand – nicht abziehbar	7/140
EDV-Ausstattung – Auch Heimcomputer absetzbar	7/141
Ehegatten-Veranlagung ab 2013	7/142
Ehescheidung – Erstattung von Vorauszahlungen	7/143
Eheverträge notariell beurkunden lassen	7/144
Ehevertrag macht Sinn	7/145
Ehrenamtliche Tätigkeit – Umsatzsteuer	7/146
Eigenbelege	7/147
Einlage ins Vermögen	7/148
Einlagensicherung bei 100.000 €	7/149
Einnahme-Überschuss-Rechnung – Keine Rechtsgrundlage für die Anlage	7/150
Einspruchsfrist verlängert wegen fehlender Belehrung	7/151
Einstellungsunterlagen nicht sofort zurückschicken	7/152
Einzugsermächtigungen – nicht an die Finanzämter erteilen	7/153
Elektroantrieb statt Otto- und Dieselmotoren	7/154
Elektronisches Fahrtenbuch nicht immer vorteilhaft	7/155
Elektronische Lohnsteuerkarte	7/156
Elektronische Rechnung – Kontierung	7/157
Elektronische Steuererklärung – Fehlerhaft	7/158
ELENA – Aus der Traum	7/159
ELENA – was ist das?	7/160
ELENA – Verfahren	7/161
Elterngeldanspruch – Nachgezahltes Einkommen	7/162
Energetische Gebäudesanierung	7/163
Energieausweis erforderlich	7/164
Energiebilanz bei Vermietung wichtig	7/165
Energiesparbuch für das Eigenheim	7/166
Energie sparen	7/167

Entfernungspauschale – Kürzeste Wegstrecke	7/168
Entgeltumwandlung ohne Schriftform	7/169
Erbanspruch nicht ehelich geborener Kinder	7/170
Erbfolge – Testament.....	7/171
Erblasser vergaß Steuern zu zahlen	7/172
Erbrecht – Abgeltungsanspruch.....	7/173
Erbrecht soll in Europa neu geregelt werden	7/174
Erbschaften steigen – Das Erbschaftsteueraufkommen nicht	7/175
Erbschaftsteuer – Doppelbelastung mit deutscher und spanischer Erbschaftsteuer	7/176
Erbschaftsteuer – Nachweis des niedrigen Verkehrswertes.....	7/177
Erbschaftsteuer bei Abfindung	7/178
Erbschaft- und Schenkungsteuer – Bewertung von Lebensversicherungen	7/179
Erbschaft- und Schenkungsteuer – Steuerfestsetzungen vorläufig... ..	7/180
Erbschaftsteuerbefreiung eines Familienheims	7/181
Erbschaftsteuer sparen.....	7/182
Erbschaftsteuerrecht – Was passiert bei plötzlichem Tod des Apothekeninhabers	7/183
Erbschaftsteuerreform	7/184
Erbschein – Bank muss bezahlen	7/186
Erhaltungsaufwand – Einführung des Begriffs „höherwertige verbesserte Nutzungsmöglichkeit“	7/187
Erstattungszinsen versus Nachzahlungszinsen.....	7/188
Erstattungszinsen – Steuerpflicht umstritten	7/189
Erststudium – Aufwand ist Sonderausgabe	7/190
Europäischer Gerichtshof entscheidet, ob das Zwangsmonopol „Berufsgenossenschaft“ rechtens ist.....	7/191
Fahrtenbuch – Geringfügige Mängel unerheblich.....	7/192
Fahrtenbuch – Elektronisches.....	7/194
Fahrtenbuch problematisch.....	7/195
Fahrtkostenerstattung für Mitarbeiter	7/196
Fahrtkostenzuschüsse sind sozialversicherungsfrei.....	7/197
Fahrräder – Dienstwagenprivileg	7/198
Festplatten – Steuerliche Abzugsfähigkeit	7/199
Filmfonds problematisch	7/200
Finanzdienstleistungsberater	7/201
Finanzamt erteilt falsche Auskünfte	7/202
Finanzamtlicher Rechtsstreit darf nicht ewig dauern	7/203
Finanzen – Überprüfung.....	7/204
Finanzierung, dann Notar	7/205
Finanztransaktionssteuer beeinträchtigt die Altersversorgung	7/206

Finanzverwaltungen – Enge Zusammenarbeit.....	7/207
Förderung von energetischen Sanierungsarbeiten	7/208
Fördermittel für Instandsetzungsarbeiten sind nicht anzugeben.....	7/209
Fortbildung gekoppelt mit Urlaub steuerlich abzugsfähig.....	7/210
Fortbildungsklauseln im Arbeitsvertrag und Bindungsdauer.....	7/211
Fortbildungskarte – Rechnungsadressat.....	7/212
Formulare ab 2013 vorausgefüllt	7/213
Fortbildungsveranstaltung mit Lebensgefährten.....	7/214
Französische Aktien – Zusatzsteuer.....	7/215
Freiberufler – Steuererklärungen ab 2011 müssen elektronisch übermittelt werden.....	7/216
Freiberufler und Gewerbetreibende ersticken in Bürokratie.....	7/217
Freibeträge für Kinder – Übertragung	7/218
Fremdwährungskonten einlagengesichert.....	7/219
Fristlose Kündigung bei fortlaufender unpünktlicher Mietzahlung..	7/220
Führerschein Minderjähriger.....	7/221
Gärten – Gemeinschaftseigentum	7/222
Gartengestaltung – Aufwendungen.....	7/223
Gepäckverlust – Schadensersatz	7/224
Gebrauchte US-Lebensversicherungen – Fragwürdige Kapitalanlagen.....	7/225
Geldvermögen verbrannt.....	7/226
Gemischt genutzter Raum in der Privatwohnung	7/227
Gerechtigkeit ist so eine Sache	7/228
Geringwertige Wirtschaftsgüter	7/229
Gerüste müssen gemeldet werden.....	7/230
Geschenke an den Apotheker	7/231
Geschenke – Geldgutschein ist steuerpflichtiger Lohn.....	7/232
Geschenke – Pauschalversteuerung	7/233
Geschenkgutschein.....	7/234
Geschlossene Auslandfonds – Gesetzliche Anzeigepflicht.....	7/235
Gesetzliche Krankenversicherung – Zu hohe Beiträge.....	7/236
Gestaltungshinweis zur Abgeltungsteuer	7/237
Gestundeter Kaufpreis löst Abgeltungsteuer aus	7/239
Gewerblicher Grundstückshandel auch bei nur einem Objekt.....	7/240
Gewerblicher Grundstückshandel – Nicht beim Verkauf eines Grundstücks mit fünf Mehrfamilienhäusern	7/241
Gewinn drücken	7/242
GEZ-Gebühren und internetfähiger PC	7/243
Grabpflege – Kosten und Erbschaftsteuer.....	7/244
Griechische Staatsanleihen – Verluste abzugsfähig.....	7/245
Grunderwerbsteuer bei Kauf eines Eigenheimes	7/246

Grundfreibetrag erhöht	7/247
Grunderwerbsteuer – Einspruch	7/249
Grundsteuer – Verfassungsbeschwerde erfolglos	7/250
Grundsteuer – Erlassantrag bis Ende März	7/251
Grundsteuer strittig	7/252
Grundsteuererlass bei Ertragsminderung	7/253
Grundsteuer – Umbau ist erforderlich	7/254
Grundstücksnießbrauch	7/255
Grundstücksveräußerung	7/257
Grundstücksveräußerung gescheitert – Wie sind die Aufwendungen zu behandeln?	7/258
Grundstücksveräußerung – Zustimmungspflicht der Miterben	7/259
Grundvermögen – Verfassungsmäßigkeit der Einheitsbewertung gegeben	7/260
Haftung auch für Prominente	7/261
Haftung des Ehegatten für Schulden	7/262
Haftungsfalle für den Apothekeninhaber	7/263
Haftungskaskade – Was ist darunter zu verstehen?	7/264
Handwerkerleistungen – Abgrenzung zu haushaltsnahen Dienstleistungen	7/267
Handwerkerleistungen – Keine Doppelförderung	7/269
Handwerkerleistungen bei Neubaumaßnahmen	7/270
Handwerkerleistung – Werkstatteleistungen	7/271
Handwerkerleistungen – Kanalkontrolle	7/272
Handwerkerleistungen – Pauschale Zahlungen	7/273
Handwerkerrechnungen – zwei Jahre Aufbewahrungspflicht	7/274
Handy – Luxusgegenstand keine Betriebsausgabe	7/275
Haushaltshilfen aus Osteuropa	7/276
Haushaltsnahe Dienstleistungen – Kosten für die Müllabfuhr	7/278
Haushaltsnahe Dienstleistungen – Von Familienmitgliedern bezahlt	7/279
Haushaltsnahe Dienstleistungen betragsmäßig heraufgesetzt	7/280
Haushaltsnahe Dienstleistungen – Gartenneuanlage	7/281
Haushaltsnahe Dienstleistungen/Handwerkerleistungen	7/282
Haushaltsnahe Dienst- und Handwerkerleistungen	7/284
Haushaltsnahe Dienstleistungen/Handwerkerleistungen	7/285
Haushaltshilfe – Wie berücksichtigen?	7/286
Haushaltsuntreue – Straftatbestand	7/288
Hauswirtschaftliche Familienbetreuung	7/289
Heizkosten müssen nachvollziehbar sein!	7/290
Hochrechnung in Angriff nehmen	7/291
Hochwasserschäden abzugsfähig	7/292

Honorarordnung für Architekten/Ingenieure	7/293
Immobilienfonds	7/294
Immobilienfonds – Besteuerung	7/295
Immobilien – Häufige Mängel	7/296
Immobilienwerb – Nebenkosten steigen.....	7/298
Immobilienkauf – Nebenkosten	7/299
Immobilienveräußerung	7/300
Immobilien – Veräußerung in Spanien.....	7/302
Immobilienmakler – Tätig für Käufer und Verkäufer	7/303
Inflationsgefahr	7/304
Inflation contra Deflation	7/305
Insolvenzgeldumlage	7/306
Insolvenzrecht – Neu beschlossen	7/307
Instandhaltungsrücklage bereits bei Zahlung Werbungskosten?.....	7/308
Instandhaltungsrücklage und Abzugsfähigkeit	7/309
Investitionsabzugsbetrag	7/310
Investitionsabzugsbetrag kann aufgestockt werden	7/312
Investmentfonds – Steuerliche Verschärfung	7/313
Investitionsabzugsbetrag – Aufstockung im Folgejahr	7/314
Jahresabschluss frühzeitig fertig stellen lassen	7/315
Jahresmeldungen bis zum 15. April versenden	7/316
Kalte Progression	7/317
Kalte Progression – Gesetzentwurf zum Abbau	7/318
Kanal-TÜV – Inspektion öffentlicher Abflussanlagen.....	7/319
Kapitaleinkünfte – Besteuerung	7/320
Kapitalvermögen deklarieren	7/321
Kartellrecht – Auswirkungen auf Ärztenetz- und -selektivverträge..	7/322
Kaufkraftverringerung durch die Niedrigzinsen	7/323
KfW – Sonderprogramm für Freiberufler	7/324
Kfz-Haftpflichtversicherung	7/325
Kick-backs – Schadensersatz	7/326
Kick-backs – Letzte Rechtsprechung.....	7/327
Kick-backs – Rückvergütungen	7/328
Kinderarbeitsschutz – Neue Verordnung.....	7/329
Kinderbetreuung – Arbeitgeberzuschüsse.....	7/331
Kinderbetreuungskosten – Scheidung.....	7/332
Kinderbetreuungskosten – Verfassungsmäßigkeit.....	7/333
Kinderbetreuungskosten – Zurechnung	7/334
Kindergeld – Merkblatt	7/335
Kindergeld/Kinderfreibetrag	7/336
Kindergeld – Überprüfung der Einkommensverhältnisse.....	7/337
Kindergeld/Kinderfreibetrag trotz fehlendem Ausbildungsplatz	7/338

Kindergeldreform	7/339
Kindergeld – Kontoführungsgebühren reduzieren den Grenzbetrag	7/340
Kindergeld sichern.....	7/341
Kindergeldanspruch auch bei Vollzeitpraktikum.....	7/342
Kindergeldbezug nach Zivildienst.....	7/343
Kinderkonto ist den Eltern zuzurechnen	7/344
Kindesunterhalt – überaus starker Anstieg	7/345
Kirchensteuer – Erlass der auf Veräußerungs- und Übergangsgewinnen beruhenden Kirchensteuer	7/346
Kirchensteuereckung senkt die Steuerlast.....	7/347
Kirchensteuerlast bei Veräußerungsgewinnen	7/348
Kirchensteuer und Mitgliedschaft	7/349
Kontoauszüge – Unaufgeforderte Zusendung	7/350
Kraftfahrzeuge – Nutzung von zwei Fahrzeugen	7/351
Kraftwerke in privater Hand – Steuervorteile.....	7/352
Krankengeld auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	7/353
Krankenversicherung muss auch für teure Privatkliniken zahlen....	7/354
Krankheitskosten – Nachweis der Notwendigkeit	7/355
Krankschreibung – Attest schon ab dem ersten Tag	7/356
Kreditaufnahme – Keine Bearbeitungsgebühr	7/357
Kreditantrag ohne Gebühren	7/358
Kreditgewährung – Warum den Banken überlassen?	7/359
Kredite loswerden.....	7/360
Kündigung einer Lebensversicherung überprüfen	7/361
Kreditinstitute – Preis- und Leistungsverzeichnis	7/362
Kündigungsfristen bei Mietverträgen.....	7/363
Kündigung des Mietvertrages.....	7/364
Kündigung – Wiederholt unterlassene Krankmeldung.....	7/365
Kunstengegenstände – ID-Checkliste	7/366
Lebenspartnerschaft – Ehegattensplitting.....	7/368
Lebensversicherungen – Abschlussgebühren keine Werbungskosten.....	7/369
Lebensversicherungen nach englischem Recht.....	7/370
Lebensversicherung – Neue Generation.....	7/371
Lebensversicherer – Überschussbeteiligung für Kunden wird gesenkt.....	7/372
Liebhabelei bei Fremdvermietung	7/373
Lohnsteuerbescheinigung – Arbeitsgericht zuständig	7/374
Lohnsteuerkarte 2010 hat auch für 2012 Gültigkeit	7/375
Lohnsteuer- und sozialversicherungsfreie Leistungen an Mitarbeiter	7/376

Teil 7

Seite 10

Lohnsteuer- und Sozialversicherungsbelastung = Spitzenplatz.....	7/377
Medienfonds – Steuerliche Verluste.....	7/378
Mieter – Zuviel Lärm.....	7/379
Mieter verursacht Parkettschaden	7/380
Mietminderung	7/381
Mietrechtsänderungsgesetz	7/382
Mietverhältnis – Reparaturen und Instandhaltungen	7/383
Mietverhältnis unter nahen Angehörigen	7/384
Mietnebenkosten – Was zählt dazu?	7/385
Mietnomaden – Wie versichert man sich?	7/386
Mietrecht – Neue Urteile.....	7/387
Mindestbesteuerung ist rechtens	7/388
Mindestelterngeld.....	7/389
Minijob – Grenzen überschritten?.....	7/390
Minijobs unbefriedigend – Kommt eine Reform?	7/391
Ministeuer-Amnestie in der Schweiz.....	7/392
Misery-Index – Um was geht es?.....	7/393
Modernisierungskosten – Überwälzen auf Mieter	7/394
Modernisierungskredite	7/395
Mündliche Vereinbarungen sind grundsätzlich wirksam	7/396
Musik im Wartezimmer gebührenfrei	7/397
Nachgelagerte Besteuerung senkt Nettorente	7/398
Nachlassverbindlichkeit – Abzug der Einkommensteuer	7/399
Nettobehaltversicherung und Kündigung.....	7/400
Notfallordner – Was sollte darin aufbewahrt werden?	7/401
Neubau als Denkmal	7/402
Nichtehelicher Vater und Sorgerecht.....	7/403
Nießbrauch und Werbungskosten.....	7/404
Oldtimer als betriebliches Fahrzeug	7/405
Optionsscheine – Totalverlust	7/406
Parteispenden und Spenden an Wählervereinigungen – Abzugsmöglichkeit.....	7/407
Partikelfilter – Zuschuss	7/408
Patientenverfügung.....	7/409
Pfändungsfreigrenzen haben sich erhöht	7/410
Pfändungsschutzkonto ab Mitte 2010	7/411
Pflegeheim – Was kann geltend gemacht werden?	7/412
Pflegeversicherung ab 2013	7/414
Pflegeversicherung – Staatlich gefördert.....	7/415
Pflegereform in Miniformat	7/416
Pflichtteilsanspruch	7/417
Pflichtteilsanspruch wird geltend gemacht	7/418

Lang, 4. Auflage, 2. Akt.-Lfg., Stand: August 2013

Pflichtteilsverwirkungsklausel.....	7/419
Privatversicherung bezahlt häufig die Spezialisierte ambulante Palliativversorgung nicht	7/420
Provisionsannahme durch Steuerberater	7/421
Prozesskosten zukünftig absetzbar	7/422
Produktinformationsblatt.....	7/423
Prüfung darf nicht willkürlich sein.....	7/424
Prüfungspflicht des Steuerberaters	7/425
Rauchmelder senken Brandschäden.....	7/426
Rechtsschutzversicherung – Effektenklauseln unwirksam.....	7/427
Rechtsanwaltskosten – Abzugsfähigkeit	7/428
Rechtsanwaltsgebühren – Freie Vereinbarung.....	7/429
Rechtsschutz nun weltweit	7/430
Reichensteuer verfassungswidrig?	7/431
Reisekostenrecht – Reform.....	7/432
Renditeschmälerung durch Fonds	7/433
Renditeversprechen muss eingehalten werden	7/434
Renten – Wie zu versteuern?	7/435
Rentenversicherungsbescheinigung.....	7/436
Rentengarantie – Die Kosten tragen die Selbständigen.....	7/437
Restrukturierungsgesetz – Auswirkungen für Versicherte.....	7/438
Riester – Förderung auch im EU-Ausland	7/439
Riester nicht für den Apotheker.....	7/440
Riester-Rente bei Minijobbern	7/441
Risikolebensversicherungsbeiträge keine Betriebsausgabe.....	7/443
Rettungsschirm haushaltswirksam	7/444
Rückwärtshypothek – eine problematische Angelegenheit.....	7/445
Rürup-Rente mit Einmalzahlung	7/447
Ruhestand – Reicht das Geld?.....	7/448
Rundfunkbeitrag verfassungswidrig?.....	7/449
Rundfunkgebühr für Computer mit Internet-Anschluss unzulässig	7/450
Rundfunkgebühr für internetfähige PCs.....	7/451
Rundfunkbelastung ab 2013	7/452
Säumniszuschlag trotz rechtzeitiger Scheckzahlung.....	7/453
Schadenersatzanspruch gegen das Finanzamt	7/454
Schadenersatzansprüche wegen Verschlechterung der Mietwohnung.....	7/455
Schadenersatzanspruch wegen verschwiegener Rückvergütung	7/456
Schadenersatz für Sturz nach Verkehrsunfall.....	7/457
Scheidung – Folgen	7/458
Scheidung – Gerichts- und Anwaltskosten als außergewöhnliche Belastungen?.....	7/459

Teil 7

Seite 12

Scheidung – Schlechterstellung des ehemaligen Partners	7/460
Scheidung – Splitting bei angekündigter Trennung	7/461
Scheidung – Übertragung von Grundvermögen	7/462
Scheidung – Unterhalt für den Hund	7/463
Scheidung – Wer stellt den Antrag?	7/464
Scheingeschäfte	7/465
Schenkungen – Anzeigepflicht	7/466
Schenkung – Einbeziehung in die Pflichtteilsberechnung	7/467
Schiffsfonds mit gewinnunabhängigen Ausschüttungen	7/468
Schneeräumen abzugsfähig	7/469
Schönheitsreparaturen	7/470
Schönheitschirurgische Leistung	7/471
Schulausgaben – Medizinisch bedingt	7/472
Schuldenmisere in Europa	7/473
Schuldenrekord	7/474
Schuldzinsen – Nachträgliche Werbungskosten	7/475
Schulgeld – was kann abgezogen werden?	7/476
Schwarzgeld – preiswerte Lösung	7/477
Schweiz – Radikale Steuersystemänderung	7/478
Selbstanzeige stark gestiegen	7/479
Selbstanzeige – Geringfügige Unvollständigkeit	7/480
Solaranlage ist grunderwerbsteuerepflichtig	7/481
Solaranlagen – Renditen falsch berechnet	7/482
Sonderausstattung und 1 %-Regelung	7/483
Solidaritätszuschlag nicht verfassungswidrig	7/484
Solidaritätszuschlag brachte 200 Mrd. Euro	7/485
Sonderausgaben – Optimierung mit Krankenkassenbeiträgen	7/486
Sozialausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung	7/488
Sozialversicherung – Beiträge 2013	7/489
Spanische Quellensteuer	7/490
Spendenbelege	7/491
Spenden über PayPal	7/492
Spenden zu Weihnachten	7/493
Splittingeffekt	7/494
Sprachreise – beruflich veranlasst	7/495
Steuerabkommen mit der Schweiz weiter unsicher	7/496
Steuerabkommen mit den USA	7/497
Steuerberatungskosten rückwirkend abzugsfähig?	7/498
Steuerberatungskosten im Rahmen einer strafbefreienden Erklärung (StRaBEG)	7/499
Steuerberatungs- und Gerichtskosten im Zusammenhang mit einem Rechtsstreit	7/500

Steuer-CD gekauft	7/501
Steuerentlastung im Jahre 2013	7/502
Steuererklärungsfristen	7/503
Steuerfahndung – Gruppenanfrage demnächst möglich	7/504
Steuerhinterziehung – Schwellenbetrag 50.000 €	7/505
Steuererklärung für zwei Jahre Humbug	7/506
Steuererklärungen – Nichtabgabe	7/507
Steuererklärungen/Jahresabschluss – zu späte Abgabe Steuerhinterziehungstatbestand	7/508
Steuererklärungen – Vorabanforderung	7/509
Steuerfahndung – Schadensersatz bei Irrtum	7/510
Steuerfreie Leistungen an Mitarbeiter	7/511
Steuerfreiheit nebenberuflicher Tätigkeiten	7/513
Steuerhinterziehung – Strengere Strafzumessung	7/514
Steueridentifikationsnummer – Wie bekommt man sie?	7/515
Steueroasen sollen ausgetrocknet werden	7/516
Steuerpflicht – Strengere Anforderungen	7/517
Steuerschuld mindert Erbschaftsteuer	7/519
Steuervereinfachung	7/520
Steuervereinfachungsgesetz 2011	7/521
Steuervergehen – Approbationsentzug	7/522
Strafbefreiende Selbstanzeige verabschiedet	7/523
Strafbefreiende Selbstanzeige – Frage der Vollständigkeit	7/524
Straßenverbindung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte	7/525
Studiengebühren – „Nachlaufende Studiengebühren“ optimal steuerlich verwerten	7/526
Stückzinsen	7/527
Stückzinsen – Anleihen	7/528
Stückzinsen und Abgeltungssteuer	7/529
Stückzinsen – Neuregelung für die Steuerpflichtigen	7/530
Studium – Was ist steuerlich abzugsfähig?	7/532
Stufentarif ist unsinnig	7/533
Tankgutschein – Steuerfreier Sachbezug	7/534
Testament – Haben Sie Ihren letzten Willen zu Papier gebracht?	7/535
Tarifwechsel in der privaten Krankenkasse	7/536
Testament bei Zentralem Testamentsregister hinterlegen	7/537
Testament oder Erbschein	7/538
Testament – Und keiner respektiert es	7/539
Testament – Wie fertige ich es an?	7/540
Tilgungsaussetzung über Investmentfonds	7/541
U1 oder Kinderkrankengeld?	7/542
Überkreuzungsvermietung geht nicht	7/543

Überkreuzversicherung	7/544
Überschussbeteiligung der Lebensversicherungen	7/545
Überstunden	7/546
Überweisungen – Vorsichtige Handhabung	7/547
Umzugskosten als haushaltsnahe Dienstleistungen?	7/548
Umzugskosten – Private Veranlassung.....	7/549
Umzugskostenpauschale	7/550
Unbedenklichkeitsbescheinigung	7/551
Uneinbringlichkeit von Forderungen bei Bilanzierenden	7/552
Unterhaltsrecht – Aktuell	7/553
Unterhaltszahlung an die Eltern des getrennt lebenden Ehegatten	7/554
Unterhalt bei steigendem Einkommen.....	7/555
Unterhaltskürzung.....	7/556
Unterhalt/Anpassung.....	7/557
Unterhalt – Zunehmend befristet	7/558
Unterkunftsstellen im Rahmen eines Studiums	7/559
Urlaubsabgeltung	7/560
Urlaubsanspruch – Verfall nach 15 Monaten	7/561
Veranlagungsfehler des Finanzamts.....	7/562
Veräußerung mit Verlust.....	7/563
Veräußerungsgewinne in vielen Ländern steuerfrei.....	7/564
Verbilligte Vermietung	7/565
Verbindliche Auskunft – Gebühr soll abgeschafft werden.....	7/566
Verfahrensdauer – Zu lange!	7/567
Verbraucherpreisindex	7/568
Verfassungsmäßigkeit des Werbungskostenabzugsverbots bei Kapitalvermögen	7/569
Verkehrssicherungspflicht bei Laubfall.....	7/570
Verluste bei Aktienanleihen	7/571
Verlustverrechnung	7/572
Verlustverrechnung – und die Tücken.....	7/574
Verjährungsfristen beachten.....	7/576
Verlustbescheinigung bis zum 15. Dezember beantragen.....	7/577
Vermietung an Touristen und Geschäftsleute.....	7/578
Vermieter hat keine Modernisierungspflicht	7/579
Vermietung und Verpachtung – Wasserkosten	7/580
Vermögensverluste bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung.....	7/581
Versicherer – Schwarze Liste	7/582
Versicherungsaufsichtsgesetz soll rückgängig gemacht werden.....	7/583
Versicherungsschutz beachten!	7/584

Versicherungsvertragsgesetz geändert.....	7/585
Versicherungsvertragsrecht – Fachgerechte Beseitigung von Schäden.....	7/586
Versorgungswerk – Berücksichtigung berufsfremder Einkünfte	7/587
Versorgungswerk – Vorzeitiger Bezug	7/588
Vertragsarzt – Bestechlichkeit	7/589
Verwaltungsgerichtlicher Prozess – Außergewöhnliche Belastung?	7/590
Verwaltung von Wertpapiervermögen – Umsatzsteuerpflichtig?	7/591
Verzögerungsgeld	7/592
Vollzeitjob ist zumutbar.....	7/593
Vorbehaltsnießbrauch – Steuerliche Behandlung	7/594
Vorfälligkeitsentschädigung kann steuerlich nicht absetzbar sein ...	7/595
Währungsreform.....	7/596
Weihnachtsfeier – Überschreiten der Freigrenze von 110 €.....	7/597
Weihnachtsfeiern – Steuerliche Behandlung	7/598
Weihnachtsgeschenke an Mitarbeiter sind steuerpflichtig.....	7/599
Wertentwicklung von 100 Euro	7/600
Winterdienst abzugsfähig? – Strittig!	7/601
Winterdienst – Nur Splitt und Asche	7/602
Wohngebäudeversicherung zahlt nicht bei grober Fahrlässigkeit	7/603
Wohnrechtslöschung – Achtung!.....	7/604
Wohnungseigentümergeinschaften und geringfügig Beschäftigte	7/605
Wohnungsleerstand – Langjährig	7/606
Xetra-Gold und Versteuerung	7/607
Zahlungsmoral – sie muss verbessert werden	7/608
Zillmerung von Abschlusskosten	7/609
Zinssatz erneut auf dem Prüfstand	7/610
Zinserträge in Luxemburg werden gemeldet.....	7/611
Zinssatz verfassungswidrig?.....	7/612
Zins-Cap-Darlehen muss zurückbezahlt werden.....	7/613
Zivilprozesskosten steuerlich nicht berücksichtigungsfähig	7/614
Zugewinnausgleich – Gestaltung im Erbfolge	7/615
Zugewinnausgleich – Vorsicht	7/616
Zulagen – Steuerfrei	7/617
Zusammenveranlagung von Ehegatten	7/618
Zusatzbeitrag für Kassenpatienten	7/619
Zweitwohnungsteuer zulässig?.....	7/620
Zweitwohnungsteuer – Gartenhütte	7/621
Zypern-Rettung zeigt den Weg.....	7/622
7.2 Befristeter Aushilfs-Arbeitsvertrag	7/623

7.1: ABC der Einsparungen
Steuer – Versicherungen –
Geld – Gestaltungstipps

Abfallentsorgung – Gewinnung von Wärmeenergie

Viele Hausmüllverbrennungsanlagen produzieren beim Verbrennen Strom und Fernwärme. Diese aus dem Abfall gewonnene Wärmeenergie müssen die Kommunen kostenmindernd zum Vorteil der Bürger in die Kalkulation der Abfallgebühren einrechnen, so das Verwaltungsgericht Düsseldorf in seinem Urteil vom 14. 11. 2012. Das Verwaltungsgericht vertritt die Auffassung, dass die Einnahmen aus dem Strom- und Fernwärmeverkauf zugunsten der Abfallgebühreneinzahler berücksichtigt werden müssen und das Verbrennungsentgelt für die Entsorgung einer Gewichtstonne Hausmüll ein wesentlicher Faktor in der Gebührenbedarfsberechnung ist. Die Kommunen müssen zukünftig das Verbrennungsentgelt überprüfen. Das heißt, der Betreiber der Verbrennungsanlage muss die Erlöse, die aus dem Strom- und Fernwärmeverkauf erzielt werden, über das Verbrennungsentgelt an die Kommunen weitergeben. Diese wiederum müssen den Preisvorteil in ihre Gebühren einfließen lassen. Siehe hierzu: Bund der Steuerzahler, Januar 2013, S. 12.

Abfindungsentschädigung – Besteuerung

Anlässlich der Auflösung eines Arbeitsverhältnisses gewährte Entschädigungen sind grundsätzlich einheitlich zu beurteilen.

Eine in zwei oder mehreren Veranlagungszeiträumen ausgezahlte Entschädigung ist ermäßigt zu besteuern.

Die Voraussetzungen für eine ermäßigte Besteuerung nach § 34 EStG sind ausnahmsweise auch dann gegeben, wenn der Apothekeninhaber oder ein Dritter für eine Übergangszeit aus Fürsorgegründen neben der Hauptentschädigung eine diese lediglich ergänzende (geringfügige) zusätzliche Entschädigung leistet. Siehe hierzu BFH vom 11. 5. 2010, IX R 39/09, Vorinstanz: FG Münster, EFG 2009, S. 2026, in: HFR 2010, S. 1169 f.

Abgabe auf Vermögen

Ende September beantragten die Grünen im Bundestag die Einführung einer Steuer oder Abgabe auf Vermögen. Unterstützt wurde der Vorstoß durch Dietmar Gabriel, SPD, der darin die Möglichkeit sah, einerseits die Schulden abzubauen und andererseits wichtige Staatsausgaben zu finanzieren. Eine etwaige Vermögensteuer soll den Ländern bis zu 10 Mrd. Euro verschaffen.

Der Gesetzentwurf der Grünen sieht über zehn Jahre eine Belastung von 1,5 % vor. Vorgesehen ist ein Freibetrag von 1 Mio Euro zzgl. 250.000 € für jedes Kind. Bei Unternehmen und Freiberuflerpraxen soll die Abgabe auf 35 % des laufenden Jahresertrages vor Steuern begrenzt werden, um eine Substanzbesteuerung zu verhindern. Siehe FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. 9. 2012, S. 13.

Abgeltungsteuersatz soll auf 30 % bis 32 % steigen

Nach den Vorstellungen von Rot-Grün soll der Abgeltungsteuersatz für Kapitaleinkünfte von derzeit 25 % auf 30 % bis 32 % angehoben werden. Damit wird die Veranlagung der Kapitaleinkünfte zur Regel werden, da die meisten Sparer mit ihrem Grenzsteuersatz unter einem Prozentsatz von 30 % bis 32 % liegen. Damit ist keine Steuervereinfachung gegeben. Siehe hierzu auch: Der Steuerzahler von März 2013, S. 67.

Ablesegerät bei der Heizkostenverteilung

Vermieter sind berechtigt, im Rahmen eines Regelaustauschs die Heizkostenverteiler, sprich: Ablesegeräte für Wärme, Warm- und Kaltwasser durch funkgesteuerte Ablesesysteme zu ersetzen.

Damit kann der Wert der Wohnung erhöht werden, wenn diese zum Ablesen der Daten nicht betreten werden muss. Siehe hierzu: BGH, AZ.: VIII ZR 326/10.

Abrechnungszeitraum bei Betriebskosten

Vermieter und Mieter können den Abrechnungszeitraum bei Betriebskosten von einem Jahr auf 19 Monate verlängern. Dies ist vor allem dann möglich, wenn die Vertragsparteien kalenderjährliche Abrechnungen umstellen wollen.

Der Vermieter darf aber nicht einseitig den Abrechnungszeitraum verlängern. Dies ist nur mit Einwilligung des Mieters möglich. Siehe hierzu: BGH, AZ.: VIII ZR 316/10.

Abrufkredite statt Kontokorrentkonten

Günstiger als ein Dispo- oder Kontokorrentkredit ist ein sog. Abrufkredit bei der Bank. In der Regel ist bei einem Abrufkredit (oder auch Rahmenkredit genannt) die Zinsbelastung halbiert. Statt 13 % oder mehr beträgt die Belastung nur 6,5 bis 8,5 %. Hierbei ist z. B. die Volkswagenbank mit einem Effektivzins von knapp 4 % günstig. Danach folgt die Allgemeine Beamtenkasse mit 6,25 %, die DiBa mit knapp 7 %. Die Deutsche Bank ist augenblicklich Spitzenreiter mit 13,8 %. Eine Übersicht über die Anbieter findet man im Internet unter biallo.de.

Ein Abrufkredit ist so günstig wie ein Ratenkredit, aber flexibler als ein Dispokredit. Entscheidend beim Abrufkredit ist natürlich die Kreditwürdigkeit des Kunden, was wiederum von den monatlichen Einkommen des Kreditnehmers abhängt. Siehe hierzu: Rolfsmeyer, Manfred, in: General-Anzeiger vom 20. 8. 2012, S. 6.

Abschreibung auf Aktien

Die Abschreibung auf Aktien und Aktienfonds ist durch den Bundesfinanzhof erheblich erleichtert worden. Haben Freiberufler und andere Unternehmen ihre Wertpapiere im Betriebsvermögen und sinkt der Börsenkurs (am Bilanzstichtag genügen 5 %), kann eine Abschreibung vorgenommen werden.

Die herrschende Praxis war es, dass erst ab einem Kurseinbruch von 40 % bzw. um 25 %, wenn sich dieser Kurseinbruch auf zwei Jahre verfestigt hatte, eine Teilwertabschreibung vorgenommen wurde. Im übrigen gilt die neue Regelung auch für Investmentfonds, deren Vermögen überwiegend aus an der Börse gehandelten Aktien besteht.

Die Richter sehen hierin einen einfachen und gleichheitsgerechten Gesetzesvollzug. Abgerückt werden darf vom Fiskus nur etwa bei Insiderhandel oder wenn bei sehr geringen Handelsumsätzen feststellbar ist, dass der Börsenkurs nicht dem tatsächlichen Wert der Anteile entspricht. Siehe hierzu BFH, AZ.: IR 89/10 und AZ.: IR 7/11.

Abschreibungsdauer

Immer wieder gibt es Fragen zur Abschreibungsdauer. Der Steuerpflichtige möchte natürlich in kurzer Zeit die Wirtschaftsgüter abschreiben, die Finanzverwaltung möchte sie hingegen möglichst langfristig abschreiben.

Nachstehend erhalten Sie eine Übersicht:

Telekommunikation, PC, Notebook, iPad sowie die dazu gehörigen Geräte wie Bildschirm, Scanner, Drucker	3 Jahre
Dazu gehörige Software ebenfalls	3 Jahre
Mobiltelefon, Autotelefon	5 Jahre
Faxgeräte	6 Jahre
Telefongeräte	8 Jahre
Telefonanlagen sogar	10 Jahre
Kopierer, Videogerät, Film und Foto	7 Jahre
andere Bürogeräte	8 Jahre
Mobiliar, wie Schreibtisch, Bücherschrank, Vorratsschrank und ähnliches	13 Jahre

Hinweis:

In den vergangenen 30 Jahren wurden die Abschreibungszeiten gedehnt. Lediglich im Bereich von EDV-Anlagen wurden kürzere Abschreibungszeiten anerkannt, da die Geräte heute schnell veralten und eine neue Generation die nächste jagt.

Abschreibungen für Bestandteile des Computers

Ein Monitor oder ein Drucker sind Bestandteile eines Computers. Obwohl sie selbständige Wirtschaftsgüter darstellen, müssen sie einheitlich mit dem Computer abgeschrieben werden, denn der Rechner ist ohne den Bildschirm nicht nutzbar. Das heißt, der Rechner ist mit Bildschirm, Tastatur und Mouse ein einheitliches, selbständig nutzbares Wirtschaftsgut, das auch einheitlich abzuschreiben ist. Siehe hierzu: BFH, AZ.: VIII R 42/03.

Abschreibung – Keine Nachholung möglich

Wird es versäumt, eine Abschreibung auf ein Wirtschaftsgut vorzunehmen, weil dieses fälschlicherweise als nicht betrieblich erfasst war, darf die Abschreibung nicht nachgeholt werden. Dies gilt auch für die Gewinnermittlung durch Einnahme-Überschuss-Rechnung, die üblicherweise bei Freiberuflern durchgeführt wird. Das heißt, für den Fiskus ist nur noch der Restbuchwert maßgeblich, der dann auch abgeschrieben werden kann. Siehe BFH vom 22. 6. 2010, AZ.: VIII R 3/08.

Akteneinsicht kostenfrei?

Zur Geltendmachung eines Anspruchs auf Gewährung einer kosten- bzw. gebührenfreien Akteneinsicht in Steuerakten ist der Finanzrechtsweg eröffnet.

Im steuerlichen Verwaltungsverfahren steht dem Finanzamt ein Anspruch auf Kostenerstattung für die Überwachung eines Akteneinsichtvorgangs nicht zu.

Das Finanzamt kann sich aus systematisch teleologischen Gründen insoweit auch nicht auf landesrechtliche Verwaltungskosten und Gesetze berufen, wenn durch diese die aus den Regelungen der AO zum Ausdruck kommende Kostenfreiheit des steuerlichen Verwaltungsverfahrens unzulässig unterlaufen würde. Siehe hierzu: Thüringer FG, Beschluss vom 14. 11. 2012, 3 V 714/11, rechtskräftig, in: EFG 2013, S. 486.

Altersentlastungsbetrag

Beziehen Rentner nach dem 64. Lebensjahr noch Mieteinkünfte, Kapitalerträge oder sogar Arbeitslohn oder Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit, erhalten sie einen Altersentlastungsbetrag. Die Höhe des Betrages hängt davon ab, wann der Steuerpflichtige in den Ruhestand geht. Wird z. B. 2011 das 64. Lebensjahr vollendet – dies sind die Jahrgänge vom 2. 1. 1947 bis 1. 1. 1948 – erhält er ab dem Jahre 2012 zeitlebens einen Altersentlastungsbetrag in Höhe von 28,8 % der Einkünfte, höchstens jedoch den Betrag von 1.368 €.

Altersversorgung – Noch 10 Jahre bis zum Ruhestand

Sie sind im mittleren Alter und planen, in ca. 10 Jahren in den Ruhestand zu treten.

Welche Beträge müssen Sie aufwenden, um bis zu diesem Zeitpunkt 100.000 € Ruhestandskapital anzusparen?

Dies hängt natürlich von der Rendite ab. Erzielt man z. B. nur 3 % Rendite, müssen monatlich 760 € Belastung eingeplant werden. Bei einer Rendite von 6 % sind es lediglich 614 € und bei einer Rendite von 9 % nur noch 526 €. Daraus wird deutlich, dass es einfach wichtig ist, auch für die Altersversorgung anständige Renditen zu erzielen. Jedes Jahr, in dem der Ansparprozess früher begonnen wird, führt zu moderateren Belastungen pro Monat oder bei gleichbleibenden Belastungen zu höherem Ruhestandskapital.

Altverluste – Die letzte Chance 2013

Viele Anleger verfügen noch aus der Finanzkrise des Jahres 2008 über erhebliches Altverlustpotential. Dieses Altverlustpotential sollte – soweit möglich – noch im Jahre 2013 mit Gewinnen verrechnet werden, denn ab diesem Zeitpunkt können Altverluste nur noch mit Gewinnen aus Immobilienverkäufen, Edelmetallen, z. B. Barren und Münzen, sowie Antiquitäten verrechnet werden.

Hierzu wurde in der FAZ vom 12. 2. 2013 von Dyrk Scherff ein Vorschlag unterbreitet. Dies wäre z. B. möglich, indem man einen Indexfonds (ETF) oder ein Zertifikat auf den Dax kauft und gleichzeitig einen Short-ETF in gleicher Höhe, der von fallenden Kursen profitiert, anschafft. Wirtschaftlich ist kein Risiko gegeben. Bei den ETFs fallen minimale Gebühren an. Allerdings ist bei noch hohen Verlustpotentialen erhebliches Kapital erforderlich, um die Papiere erwerben zu können. Dann wird mit dem anfallenden Gewinn der Altverlust kompensiert. Die anfallenden Verluste können in die nächsten Jahre weitergetragen werden, da es sich ja um neues Verlustpotential handelt. Siehe hierzu: Dyrk Scherff: Letzte Chance für steuerfreie Gewinne, in: FAZ vom 12. 2. 2013.

Anlageergebnisse werden durch versteckte Kosten reduziert

Kreditinstitute, ihre Berater und Versicherungsmakler verdienen nicht nur am Finanzprodukt, sondern während der Laufzeit belasten die Verwaltungskosten die Ergebnisse der Produkte. Hierzu hat Focus Money eine interessante Aufstellung gemacht. So betragen die Kosten von Rentenversicherungen (Richtwerte) 5,1 %, die jährlichen Kosten 3,2 %. Bei geschlossenen Fonds sind es 5 % (jährlich 3,0 %), bei Dachfonds 4,0 % (3,0 %), Aktienfonds 4,0 % (1,8 %), Immobilienfonds 4,0 % (1,0 %), Mischfonds 2,5 % (1,5 %), Rentenfonds 2,0 % (0,8 %), Zertifikate 1,0 % (1,5 %), ETF 0,3 (0,5 %), Geldfonds 0,0 % (0,5 %). Die ersten Zahlen bezeichnen jeweils die Anfangskosten, die in Klammern die jährliche Belastung.

Oft sind die Kosten versteckt, werden nicht ausgewiesen. Man sollte sich also genau überlegen, welche Anlagewege man aussucht. In den Jahren, in denen hohe Erträge anfielen, verschwanden die Kosten unter ferner liefen, doch heute bei den knappen Renditen wird die Kostensituation sehr deutlich. Siehe hierzu Focus Money Nr. 29/2011, S. 76 ff.

Anlagevermittler – Haftung der unplausible Anlage

Anlagevermittler sind dazu verpflichtet, das vermittelte Anlagekonzept auf wirtschaftliche Plausibilität zu prüfen. Ihnen muss auffallen, dass es Anlagen mit 100 %iger bzw. absoluter Sicherheit bei einer Rendite von 350 % in 15 bis 16 Monaten nicht gibt. Im vorliegenden Fall hatte der Anlagevermittler einem Anleger die Beteiligung an einer ausländischen Gesellschaft zum Zwecke des internationalen Handels mit internen Bankinstrumenten und strikter Vertraulichkeit im Wert von 100.000 € vermittelt.

Das Investment führte nicht nur zu keiner der zugesagten Ausschüttungen, sondern der Vorstand der ausländischen Gesellschaft wurde wegen anderer Vermögensdelikte inhaftiert. Der Vermittler schuldet dem Anleger vollen Schadensersatz Zug um Zug gegen Übertragung der wertlosen Anteilscheine an der ausländischen Gesellschaft. Siehe hierzu LG Coburg vom 2. 11. 2010, 23 O 100/10, rechtskräftig.

Anlegerschutz – Verbesserungen durch PIB und KIID

Seit dem 1. Juli 2011 müssen Kreditinstitute sog. Produktinformationsblätter (PIB) dem Kunden vorlegen, wenn sie Finanzinstrumente kaufen. Damit werden die wesentlichen Anlegerinformationen dargestellt. Auf maximal drei Seiten sollen Anleger kurz, übersichtlich und leicht verständlich über die wichtigsten Eckdaten, wie beispielsweise die Funktionsweise des Papiers, die Risiken, die Auszahlungsszenarien unter verschiedenen Bedingungen und die Kosten des Finanzinstruments informiert werden.

Zusätzlich gibt es für neu aufgelegte Investmentfonds ab dem 1. Juli 2011 ein Informationsdokument namens KIID – Key Investor Information Document. Mit diesem Informationsblatt würden die Kunden über Verschmelzungen, Kostenerhöhungen und Gebühren informiert. Darüber hinaus wurde ein neues Schlichtungswesen eingeführt. Hier kann der Anleger seine Ansprüche geltend machen, ohne dass ein Gerichtsverfahren eröffnet werden muss. Siehe hierzu eingehend: Der Steuerzahler Nr. 9/2011, S. 224.

Annehmlichkeiten – Steuerliche Förderung der Gesundheit

Das Jahressteuergesetz 2009 regelt, dass ab 1. 1. 2008 bis zu 500 € je Mitarbeiter Leistungen des Arbeitgebers zur Verbesserung des allgemeinen Gesundheitszustandes und der betrieblichen Gesundheitsförderung steuerfrei bleiben. Bislang mussten Unternehmen gegenüber dem Finanzamt oftmals aufwendig nachweisen, dass ihre betrieblichen Gesundheitsförderungsleistungen auch überwiegend im Interesse des Arbeitgebers lagen. Dieses Verfahren entfällt nunmehr. Der Steuervorteil soll Unternehmen dazu anreizen, in die betriebliche Gesundheitsförderung und damit in die Gesundheit der Mitarbeiter zu investieren. Bevor eine Maßnahme gefördert wird, macht es daher Sinn abzuklären, ob diese den Kriterien der Spitzenverbände der Krankenkassen zu den Präventionsvorschriften entspricht.

Beispiel: Die Mitarbeiterin des Zahnarztes Dr. Meissner hat erhebliche Rückenschmerzen. Der Arzt schickt sie in ein Kieser-Training. Hier ist vorab mit den zuständigen Krankenkassen abzuklären, ob diese Leistungen in den Kriterienkatalog der Krankenkassen passt, Dann wäre eine Förderung des Mitarbeiters steuerfrei.

Anstellung ausländischer Mitarbeiter im Haushalt

Wird eine Haushaltshilfe angestellt, die aus der Europäischen Union stammt, muss ein Arbeitsvertrag geschlossen werden. Der Arbeitsvertrag muss die Arbeitszeit enthalten (augenblicklich 38,5 Stunden pro Woche), die Kündigungsfrist von einem Monat und den Urlaub (z. B. 26 Arbeitstage), das Bruttogehalt und die zu erfüllenden Tätigkeitsbereiche. Das Bruttogehalt muss konkret angegeben sein. So liegt die Vergütung bei augenblicklich rd. 1.300 € zzgl. Steuern und Sozialabgaben.

Wichtig ist es, dass die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter beim Einwohnermeldeamt angemeldet wird. Es ist eine Lohnsteuerkarte beim Finanzamt zu besorgen (zukünftig die Lohnsteuerbescheinigung) sowie eine Betriebsnummer.

Was das Tätigkeitsgebiet anbelangt, dürfen nur Arbeiten im Haushalt übernommen werden. Leichte pflegerische Tätigkeiten sind möglich, so z. B. beim Gehen, Essen, An- und Auskleiden usw. Nicht übernommen werden dürfen die Tätigkeiten eines professionellen Pflegedienstes, die Wunden versorgen oder Medikamente verabreichen. Im Rahmen des Arbeitsvertrages muss auch geklärt werden, welchen Wert die freie Verpflegung und die Unterkunft haben. Hier ist die Sachbezugsverordnung wichtig. So beträgt etwa der Sachbezugswert für Kost und Logis 431 € ab dem Jahre 2012.

Die ausländische Haushaltshilfe unterliegt, wie die deutsche Haushaltshilfe, der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Die Beträge sind jeweils hälftig zu tragen. Binnen einer Woche muss die Haushaltshilfe nach Arbeitsaufnahme in der gesetzlichen Unfallversicherung angemeldet werden. Der Arbeitgeber hat die Beiträge hierfür alleine zu übernehmen. Siehe hierzu Focus Money Nr. 20/2012, S. 73.

Apotheke auf Ehegatten-Grundstück

Wird ein Grundstück, das jeweils zur Hälfte beiden Ehegatten gehört und dessen Herstellungskosten beide getragen haben, von einem Ehegatten betrieblich für seine Apotheke genutzt, kann dieser die Abschreibungen nur entsprechend seinem hälftigen Anteil als Betriebsausgaben geltend machen. Denn er trägt den durch Nutzung und Zeitablauf entstehenden Werteverzehr nur zur Hälfte. Die Aufwendungen seines Ehepartners können nicht als sog. Drittaufwand steuerlich berücksichtigt werden. Das heißt, erhält der Ehegatte für seinen Anteil am Grundstück vom Apothekeninhaber kein Entgelt, so erzielt er keine Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und kann somit die Abschreibung für seinen hälftigen Anteil steuerlich nicht geltend machen.

Wichtig ist es daher unter Ehegatten, einen Vertrag über die hälftigen Räumlichkeiten zu schließen, die für die Apotheke genutzt werden. Dann erhält der Ehepartner Mieteinnahmen und kann somit die Kosten und die Abschreibung als Betriebsausgabe geltend machen. Steuerrechtlich ist dies formal richtig, zeigt aber, mit welcher akademischen Akribie vom Bundesfinanzhof der Wirtschaftsstandort Deutschland beeinträchtigt wird.

Arbeitgeberbeiträge – Erstattung und Einzahlung in eine Lebensversicherung

Werden einem Arbeitgeber von der Sozialversicherung Arbeitgeberbeiträge erstattet, weil sich herausgestellt hat, dass sein Arbeitnehmer nicht sozialversicherungspflichtig war, und zahlt er diesen Betrag in eine private Lebensversicherung des Mitarbeiters ein, handelt es sich bei dieser Zahlung um eine Betriebsausgabe. Siehe hierzu: FG Berlin-Brandenburg vom 13. 6. 2012, AZ.: 12 K 12192/09.

Arbeitgeber darf Smart-Phone und Software steuerfrei überlassen

Der Finanzausschuss beschloss am 29. 2. 2012 folgende Gesetzesänderung:

„Die private Nutzung von Computer-Software des Arbeitgebers soll für die Mitarbeiter steuerfrei gestellt werden. Dies soll auch gelten, wenn der Arbeitgeber seinen Mitarbeitern Datenverarbeitungsgeräte wie Smart-Phones oder Tablets überlässt.“

Hinweis:

Dies ist interessant für Apothekeninhaber, da sie einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter der Verwaltung der Apotheke derartige Geräte steuerfrei zur Verfügung stellen können. Siehe eingehend: Hechtner NWB Nr. 7/2012, S. 546; siehe auch Gemeindefinanzreformgesetz, BT-Drucks. 17/ 8235.